

Eine Anfrage Kubas beim Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Program, WFP) hat zu polemischen Debatten geführt. Am 28. Februar hatte die spanische Nachrichtenagentur *Efe* gemeldet, dass die kubanische Regierung „erstmalig“ um Unterstützung beim WFP angefragt habe. Antikubanische Medien [starteten](#) daraufhin eine Diffamierungskampagne und [bezeichneten](#) Kuba als „failed state“, der seine Bevölkerung nicht mehr ernähren könne. Von **Steffen Niese**.

Richtig ist, dass sich das Ministerium für Außenhandel der Republik Kuba angesichts der angespannten Versorgungssituation mit Grundnahrungsmitteln Ende vergangenen Jahres an die Verantwortlichen des UN-Welternährungsprogramms wandte. Nach mittlerweile bestätigten Informationen aus Havanna handelte es sich bei der Anfrage jedoch lediglich um eine Bitte zur Unterstützung bei der Versorgung von Kleinkindern und Kindern mit Milchpulver und nicht um einen allgemeinen Hilferuf zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Zudem wies die kubanische Nachrichtenagentur *Prensa Latina* darauf hin, dass das Land bereits seit dem Jahr 1993 mit diesem UN-Organismus kooperiert und schon in der Vergangenheit etwa bei Naturkatastrophen materielle Unterstützung erhalten hat.

Ausgangspunkt des Gesuches zur Lieferung von Milchpulver ist die gesamtwirtschaftliche Schieflage, in der sich die Insel seit etwa drei Jahren befindet. Durch die im Zuge der Corona-Pandemie gesunkenen Touristenzahlen, die unter der Regierung von US-Präsident Joe Biden verstärkte Umsetzung der Blockade-Gesetze sowie durch die neuerliche Aufnahme Kubas in die US-Liste „terrorunterstützender Staaten“ sind Deviseneinnahmen drastisch zurückgegangen und internationale Finanztransaktionen nahezu unmöglich geworden. In der Konsequenz mussten die kubanischen Importe deutlich reduziert werden, was angesichts einer Importabhängigkeit von 80 Prozent zu Engpässen gerade auch bei Grundnahrungsmitteln wie Milch und Milchpulver geführt hat.

Die Versorgung mit Milch ist besonders bedeutsam, da es ein Versprechen der Revolution war und ist, allen Kleinkindern und Kindern in Kuba täglich Milch nahezu kostenfrei zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht dieser Brisanz hat das zuständige kubanische Ministerium die Verantwortlichen des UN-Welternährungsprogramms um Unterstützung gebeten, um diese über das Bezugsheft „Libreta“ garantierte Versorgung aufrechterhalten zu können.

Mittlerweile hat sich die Situation allem Anschein nach zumindest kurzfristig entspannt. So informierte der Minister für Lebensmittelindustrie, Alberto López Díaz, am 29. Februar, dass die Milchpulverrationen für die Monate März und April sichergestellt seien. Möglich

wird dies durch die konsequentere Umsetzung bestehender bzw. den Abschluss neuer Lieferabkommen. In den nächsten Tagen werden 375 Tonnen Milchpulver aus Brasilien erwartet. Zudem sind Vereinbarungen zum Import von 245 Tonnen aus Kanada, weiteren 125 Tonnen aus Brasilien sowie 500 Tonnen aus den USA unterzeichnet worden.

Die zu erwartenden Importe aus den USA sind dabei nur aufgrund von Ausnahmeregelungen möglich und ändern grundsätzlich nichts an der restriktiven Blockadepolitik der Biden-Regierung.

Auf diesen Umstand hat kürzlich die „Grupo de Puebla“ hingewiesen und die sofortige Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba eingefordert. Die Puebla-Gruppe wurde im Jahr 2019 von amtierenden sowie ehemaligen linken Präsidentinnen und Präsidenten und politischen Persönlichkeiten Lateinamerikas ins Leben gerufen und betrachtet die völkerrechtswidrige Blockade als größtes Hemmnis für die Entwicklung der kubanischen Wirtschaft.

Dieser Artikel erschien [zuerst auf Amerika21](#).

Titelbild: Shutterstock / TamasV

Mehr zum Thema:

[Bundesregierung will nachweislich völkerrechtswidriges US-Embargo gegen Kuba nicht als Völkerrechtsbruch bezeichnen](#)

[22 Jahre US-Folterlager Guantánamo auf Kuba: Bundesregierung wagt etwas Kritik an den USA](#)

[Die völkerrechtswidrige US-Blockade gegen Kuba und die widersprüchliche Haltung der Bundesregierung](#)

[Abschaffung von Sanktionen als Mittel des Wirtschaftskrieges: Krachende Abstimmungsniederlage für USA und EU im UN-Menschenrechtsrat](#)

